THOMAS ZEHETBAUER
Muhrengasse 54 / 6 / 8 Tel: +43-720-736129
1100 Wien, AUSTRIA e-mail: thomasz@hostmaster.org

Bundesministerium für Finanzen <e-recht@bmf.gv.at>

Parlamentsdirektion <begutachtungsverfahren@parlament.gv.at>

Wien, 2010-11-16

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend meine Stellungnahme zu mehreren Punkten des vorliegenden Budgetentwurfs:

Bankenabgabe und **Mineralölsteuer** werden über die Endverbraucherpreise auf die Konsumenten abgewälzt werden und damit die Inflation anheizen. Darauf muss die EZB gemäß ihrer Statuten mit einer Leitzinserhöhung reagieren. Bei 185 Milliarden Euro Staatsverschuldung bewirkt eine Erhöhung des Zinsniveaus um 0.25% bereits Mehrkosten von 462 Millionen Euro.

Die Kürzung der **Familienbeihilfe** trifft zielsicher einer der einkommensschwächsten und zugleich förderungswürdigsten Gruppen: Die Studentierenden. Wenn Österreich nicht zum Billiglohnland werden soll, brauchen die Unternehmen auch in Zukunft begabte und gut ausgebildete Mitarbeiter. Daher sollte die soziale Zugangshürde möglichst noch verringert werden.

Wertpapier-KESt.

Die tiefere Ursache der Krise sind die durch die Zinsen ständig wachsenden Geldvermögen, für welche die Banken ständig Erträge erwirtschaften müssen. Diese zwingen der Wirtschaft ihr monoton-exponentielles Wachstum auf und entziehen dem Handel das Tauschmittel (=deflationäre Finanzkrise), falls das Wirtschaftswachstum nicht mithalten kann.

Ein Penny, ausgeliehen bei der Geburt unsers Erlösers auf Zinseszinsen zu 5%, würde schon jetzt zu einer größren Summe herangewachsen sein, als enthalten wäre in 150 Millionen Erden, alle von gediegnem Gold.
Richard Prince, An Appeal to the Public on the Subject of National Debt, 1772

Die Banken würden diese Gelder gerne risikolos in Staatsanleihen investieren und die Zinsdifferenz als Gewinn verbuchen, aber die Vermögen wachsen und die Staaten wollen sich nicht weiter verschulden bzw. ihre Verschuldung sogar reduzieren. Also mussten die Banken andere Investitionsmöglichkeiten suchen und haben diese - unter anderem - in Form der Subprime-Hypotheken gefunden.

Dabei haben die Banken die Zinsen - die nunmehr eine Risikoprämie waren - weiterhin an die Sparer bzw. ihre Aktionäre ausbezahlt und es war nur eine Frage der Zeit, bis diese Risiken schlagend werden und das Geld für die Risikovorsorge fehlt. Daraufhin haben die Banken bei der Kreditvergabe die Notbremse gezogen, die Realwirtschaft quasi in Geiselhaft genommen und von den Staaten etliche Milliarden Euro, Dollar, ... an "alternativlosen" Hilfspaketen lukriert.

Die Staaten mussten damit erst wieder die Schulden übernehmen, die sie nicht haben wollten und für die sie in den letzten Jahren vor allem bei Wissenschaft, Bildung und Sozialsystem eingespart haben.

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.

Jahr	Defizit		Schuldenstand	
	Mrd.	BIP	Mrd.	BIP
2007	1.2	0.4%	161	59.3%
2008	1.3	0.5%	177	62.5%
2009	9.6	3.5%	185	67.5%

Aber anstatt die Besitzer der geretteten Finanzvermögen nun wenigstens an den Kosten für die Bankenrettung zu beteiligen, werden die Kosten auf die Aktionäre abgewälzt, die durch das Übergreifen der Bankenkrise auf die Realwirtschaft ohnehin schon zwei Drittel ihrer Vermögen eingebüßt haben. Werner Faymann findet es also als gerecht, von allen Vermögensbesitzern ausgerechnet diejenigen für die Rettung der Banken bezahlen zu lassen, die ihre Ersparnisse eigenverantwortlich veranlagen und deren Investitionen vom Staat bei mehreren Gelegenheiten nicht gerettet wurden.

Im Gegenteil, gleichzeitig mit dem Rettungspaket für die Banken hat die Regierung 2008 auch die Amtshaftung der Finanzmarktaufsicht beseitigt. Nicht genug, dass die Finanzmarktaufsicht zahlreiche Anlegerskandale nicht verhindern konnte (AMIS, Meinl, Immofinanz, AvW,...), hat sich der Staat damit sogar in den Fällen, in denen der Aufsichtsbehörde eine schuldhafte Verletzung nachgewiesen werden kann, seiner Verantwortung entledigt und lässt die geschädigten Aktionäre im Regen stehen.

Dabei sollte der Staat die Investition in Aktien fördern, da die Aktionäre das Risiko selbst tragen und nicht mit Steuergeld gerettet werden müssen. In der Krise hat sich auch gezeigt, dass Unternehmen mit viel Eigenkapital weniger anfällig für die Probleme der Banken sind und die Wirtschaft durch antizyklische Investitionen stützen und in Schwierigkeiten geratene Unternehmen durch eine Übernahme sogar auffangen können.

Aktionäre sind auch nicht die bösen Heuschrecken, als die sie in letzter Zeit wiederholt dargestellt wurden. Im Gegenteil haben Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen ein vitales Interesse daran, dass das Unternehmen wächst und damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Gegensatz dazu haben die kreditgebenden Banken meist nicht viel zu verlieren, ihre Forderungen sind im Konkursfall vorrangig - auf der Strecke bleiben die Mitarbeiter der insolventen Unternehmen und die Aktionäre.

Aber anstatt diese stabilisierende Eigenkapital-Basis der Unternehmen nun zu fördern und die Systemrelevanz der Banken zu verringern, sollen die Kursgewinne von Aktien nun ebenso besteuert werden, wie die risikolosen Zinserträge von Sparguthaben, Bank- und Staatsanleihen oder die im Fall einer Insolvenz zumindest vorrangigen Unternehmensanleihen.

Damit entfaltet die Vermögenszuwachssteuer eine klassische Lenkungswirkung: weg von Aktien und Eigenkapital zu festverzinslichen Anleihen und Krediten. Eine solche Umschichtung wird die Realwirtschaft noch stärker von den Banken abhängig machen und beim nächsten Schluckauf der Finanzindustrie ein noch größeres staatliches Hilfspaket notwendig machen. Falls die Staaten ein solches Hilfspaket dann überhaupt noch stemmen können.

Wenn die Regierung an den Kursgewinnen mitnaschen will, dann wäre es nur fair, wenn sie sich auch an den Verlusten beteiligt. So haben die Aktionäre der österreichischen Unternehmen, zwischen Juli 2007 und März 2009 rund zwei Drittel ihrer Vermögen verloren und damit bereits den größten Anteil an den Kosten der Krise getragen. Heute notiert der ATX auf seinem Stand vom Mai 2005 - die Aktionäre haben also 5 Jahre verloren, in denen die vom Staat geretteten Geldvermögen ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage weiter gewachsen sind.

Tausende Kleinanleger haben in zahlreichen Anlegerskandalen - von Meinl über Immofinanz bis AvW - ihre Ersparnisse verloren und niemand hat diese Aktionäre gerettet. Im Gegenteil, die Ermittlungen und die juristische Aufarbeitung dieser Skandale geht nur schleppend voran. Wenn man vergleicht, mit welchem Aufwand der Staat gleichzeitig gegen 13 junge Menschen vorgeht, denen bisher nur nachgewiesen werden kann, dass sie sich für die menschenwürdige Behandlung

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.

von Tieren einsetzen, dann fragt man sich, nach welchen Kriterien hier die Resourcen verteilt werden.

Dreieinhalb Jahre lang ermittelten 35 Spitzenbeamte in einer Sonderkommission: Sie beschatteten Verdächtige, einen von ihnen gar fünf Monate lang. Sie hörten mehr als ein Dutzend Telefone ab, lasen Tausende E-Mails mit. Sie setzten Peilsender ein, nahmen heimlich DNA-Proben und ließen Gutachten erstellen. Insgesamt investierte der Staat mehr als vier Millionen Euro in die Ermittlungen gegen unliebsame Tierschützer.

http://www.profil.at/articles/1043/560/280692/justiz-fuer-tier-schuetzer-rechtsstaat-existenzbedrohung

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Zehetbauer

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.